

TAFERS

25.02.2017

Die IG Guglera buchstabiert zurück

MIRO ZBINDEN



«Wir haben zu aggressiv formuliert», sagt William Aeby und distanziert sich von der Idee einer Bürgerwehr in der Guglera.

Es wird keine Bürgerwehr in der Guglera geben. Dies haben das Sensler Oberamt, die Kantonspolizei und die IG Guglera gestern an einer Sitzung beschlossen. Der Bürgerwehr-Begriff sei falsch gewählt gewesen.

Radio SRF, Telebärn, das Westschweizer Fernsehen: Beinahe täglich trat William Aeby in der vergangenen Woche vor Mikrofon und Kamera. Gegenüber den Medien nahm der Rechthaltner zu seiner Ankündigung Stellung, mit der Interessengemeinschaft (IG) Guglera im Umfeld des künftigen Bundesasylzentrums bei Giffers eine Bürgerwehr bilden zu wollen (die FN berichteten). Gestern Abend erklärte sich der IG-Wortführer erneut; dieses Mal aber nicht vor Medien, sondern gegenüber Behördenvertretern und der Kantonspolizei Freiburg. Der Sensler Oberamtmann Manfred Raemy hatte William Aeby, Kantonspolizei-Gendarmerie-Chef Philippe Allain sowie die beiden Syndics von Giffers und Rechthalten, Othmar Neuhaus und Marcel Kolly, zu einer gemeinsamen Sitzung nach Tafers eingeladen.

«Nichts Konkretes geplant»

«Es wird keine Bürgerwehr geben», erklärte Manfred Raemy den FN im Anschluss an die Sitzung. Die Begriffe, die die IG-Mitglieder in den vergangenen Tagen auf Social-Media-Profilen und gegenüber den Medien verwendet haben, um von ihrer Idee zu sprechen, ein Notfalltelefon für die Bevölkerung einzurichten, seien nicht korrekt gewesen. «Eine Bürgerwehr war nicht die Idee von William Aeby», sagt Manfred Raemy. «Im Moment ist nichts Konkretes geplant», versichert der Oberamtmann. Ausserdem habe William Aeby bestätigt, nichts zu unternehmen, was zuvor nicht im Detail mit den Verantwortlichen der Kantonspolizei Freiburg abgesprochen worden sei.

«Zu aggressiv formuliert»

«Wenn die Polizei sagt, dass es nicht geht, dann machen wir es auch nicht», sagte Aeby bereits vor der Sitzung gegenüber den FN. Nach der Versammlung bestätigte er dies: «Wir haben zu aggressiv formuliert.» Die angedachte Grundidee bleibe jedoch bestehen. Für weitere Auskünfte verwies er an den Oberamtmann.

Manfred Raemy sagt, dass er William Aeby erklärt habe, dass der Oberamtmann als Behörde für die öffentliche Sicherheit im Bezirk verantwortlich sei und dass es nicht angehe, auf diese Weise über die Sozialen Medien zu informieren. «Stattdessen haben wir beschlossen, dass wir uns in dieser Zusammensetzung auch in Zukunft regelmässig austauschen werden.»

«Mit offenen Karten spielen»

Davon verspreche er sich einen besseren Informationsfluss zwischen den einzelnen Akteuren, erklärt der Oberamtmann: «Etwa auch zwischen den Gemeinden und der Kantonspolizei.» Das halte er auch deshalb für wichtig, weil sich sonst rasch Gerüchte und Halbwahrheiten verbreiten würden, die der Sache nicht zuträglich seien. «Alle Akteure sollen und wollen mit offenen Karten spielen», sagt Manfred Raemy.

“ Alle Akteure sollen und wollen mit offenen Karten spielen. „

Manfred Raemy

Oberamtmann des Sensebezirks

Rückblick

Die Bürgerwehr-Ankündigung sorgte für Wirbel

Mit der Idee, eine sogenannte «Bürgerwehr» zu bilden und ein Notfalltelefon einzurichten, an das sich Personen bei Problemen mit Asylbewerbern im Umfeld der Guglera wenden könnten, hat die IG Guglera vergangene Woche für Wirbel gesorgt. Zahlreiche Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen griffen die Thematik auf. Es kam auch zu Reaktionen aus der Öffentlichkeit: In einer gemeinsamen Mitteilung haben die evangelisch-reformierte Kantonalkirche und das Bischofsvikariat Deutschfreiburg ihre Besorgnis über die Pläne der IG zum Ausdruck gebracht. Gebildet hat sich die Interessengemeinschaft Guglera im Frühling 2015 – kurz nachdem bekannt geworden war, dass das Institut St. Joseph in der Guglera bei Giffers verkauft und zum Bundesasylzentrum umfunktioniert werden soll. An der Gründungsversammlung der IG vom 17. März 2015 in Rechthalten nahmen rund 80 Personen teil. In der Folge richtete sich die IG via Facebook sowie in mehreren Flugblättern an die Bevölkerung des Senseoberlandes. Die Kritik der Interessengemeinschaft richtete sich dabei vor allem an den früheren Guglera-Besitzer Beat Fasnacht, an Bundesbehörden und kantonale Stellen.

mz